

Original

Rede von Egon A. KLEPSCH anlässlich der Fraktionssitzung der EVP  
am 19.9.1979 in Brüssel

Wir Christlichen Demokraten haben in der ersten Direktwahl zum Europäischen Parlament einen überwältigenden Sieg errungen. Ich rufe nur zwei Fakten in Erinnerung: Das eine ist, dass wir, obwohl wir nur in sieben von neun Ländern der Gemeinschaft kandidiert haben, nach Wählerstimmen die stärkste politische Kraft in Europa sind. Ich verweise darauf, dass wir in allen sieben Ländern, in denen wir kandidiert haben, ein überzeugendes Wahlergebnis erzielen konnten. Auch dort, wo wir unter sehr schwierigen Bedingungen angetreten sind, haben wir diesen Wahlgang sehr erfolgreich bestanden. Das zweite, was die Zusammensetzung des Parlaments angeht, so hat dieser grosse Wahlerfolg, den wir erzielt haben, uns den Sozialisten gegenüber in die Situation der quasi Parität gebracht, obwohl sie in allen neun Ländern der Gemeinschaft kandidiert haben, haben sie insgesamt weniger Stimmen wie wir erhalten; dass sie einige Sitze mehr haben, hängt mit bestimmten wahlgesetzlichen Bestimmungen in Dänemark und Irland zusammen, sonst wäre nicht mehr dies der Fall. Das bedeutet, dass die vorherigen Prognosen, die Sozialisten würden bis zu 25 % mehr Sitze als wir haben, nicht eingetreten sind. Und das hat unsere Ausgangsposition in diesem Parlament, das für fünf Jahre gewählt worden ist und dessen Zusammensetzung sich also in fünf Jahren nicht wesentlich ändern wird, ausserordentlich günstig beeinflusst. Dadurch ist aber auch unsere Verantwortung besonders gross.

Nun einen zweiten Punkt möchte ich Ihnen in Erinnerung rufen. Wir sind mit einem gemeinsamen Programm in diese Wahl gegangen. Die Europäische Volkspartei war die einzige politische Kraft, die zu allen politischen Fragen anhand eines in allen Ländern gleich vertretenen Programmes sich den Wählern gestellt hat. Und wenn man die Frage stellt, was das für eine Konsequenz für uns hat, so glaube ich ist es klar: Alle die hier sind, sind unter dem gleichen Politischen Programm als Kandidaten angetreten und gewählt worden, so dass für mich die natürliche

./.

Plattform der politischen Aussage unserer Fraktionsarbeit, die Wahlaussagen und das Programm der Europäischen Volkspartei sind. Ich glaube, das ist ein Punkt, den wir alle als Ausgangslage nehmen können. Ich will nun nicht die Hauptpunkte des Programms wiederholen, denn meines Erachtens kommt es darauf an, dass wenn wir alle diesen Ausgangspunkt akzeptieren, für uns sich die selbstverständliche Aufgabe stellt, unsere Forderungen in diesem Parlament zu realisieren und durchzusetzen. Das bedingt, dass wir nicht irgendeine Politik machen, sondern eine Politik auf der Grundlage dieses unseres Programms.

Das Europäische Parlament, das möchte ich auch zu Beginn betonen, unterscheidet sich von unseren nationalen Parlamenten in einem zentralen Punkt. Wir bestellen keine Regierung und wir tragen nicht die Arbeit einer Regierung, so dass es hier das aus den nationalen Parlamenten bekannte Schema zwischen Regierungs- und Oppositionsparteien nicht gibt. Das wird sich auch im wesentlichen in diesen fünf Jahren kaum ändern. Es ist richtig, dass wir in Verfolgung des Tindemans-Berichts bemüht sein werden und bemüht sein müssen, Einflüsse auf die Stellung der Kommission zu bekommen und auf ihre Ablösung. Aber wenn wir Realisten sind, so wissen wir, dass das nicht heute sein wird, so dass die Ausgangsposition, von der wir heute ausgehen, die ist, dass wir für politische Sachfragen Mehrheiten in diesem Parlament gewinnen müssen im Sinne unserer Aussage. Wir haben - nun, das möchte ich gleich zu Anfang sagen - es mit einem Problem zu tun. Das ist unsere Beziehung zu unseren nationalen Herkunftsländern in bezug auf die jeweils dort vorgegebene innenpolitische Situation. Ich werde nachher noch darauf zurückkommen.

Ich möchte jetzt nur sagen: Es ist sicher für uns nicht möglich, unsere Politik durch eine Aufaddierung unserer nationalen Innenpolitiken auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen. Dazu sind die Situationen in den einzelnen Ländern viel zu unterschiedlich und auch die politischen Interessenlagen. Ich werde aber gleich dazu noch etwas sagen. So dass ich zunächst einmal uns die Frage stellen möchte, in welcher Umwelt wir in diesen fünf Jahren Politik treiben und welche Ziele wir dabei

ansteuern müssen. Ich glaube, wir müssen uns klar darüber sein, dass die weltpolitische Situation gekennzeichnet ist durch Übergangsschwierigkeiten bei den beiden Weltmächten. In den USA steht die Präsidentschaftswahl bevor und der Präsident Carter hat eine sehr schwierige Phase zu durchlaufen für dieses erste Jahr unserer Arbeit. Auch in der Sowjetunion ist das Problem der Überalterung der Führungsspitze und der Notwendigkeit ihrer Ablösung in absehbarer Zeit zu erwarten, was zusätzliche Probleme aufwerfen kann. An einem Beispiel will ich nur deutlich machen, wie sehr die politische Situation, in der wir uns befinden, beeinflusst werden kann durch rein personelle Vorgänge, wenn etwa der jugoslawische Präsident Tito morgen stürbe, würde ganz sicher eine schwierige Situation entstehen. Aber ich will das jetzt nicht ausmalen, ich will nur deutlich machen, dass wir uns in einer Umwelt befinden, in der es sehr sinnvoll ist, dass Europa seine Rolle erkennt. Wir haben einen Vorgang grossen Ausmasses vor Augen und das ist die islamische Renaissance. Dies ist ein Vorgang, der auf die Zukunft gesehen einen grossen Einfluss auf einen weiten Bereich von Ländern ausüben wird, den wir von vornherein in Rechnung stellen müssen und um so bedeutsamer ist es für uns, dass die Europäische Gemeinschaft ihre Rolle findet und beschreibt. Wir sind - glaube ich - die Partei gewesen, die im Wahlkampf am klarsten sich dazu bekannt hat, dass die weitere Einigung Europas die vordringliche Aufgabe für uns ist. Aber weitere Einigung Europas kann ja für ein europäisches direkt gewähltes Parlament nicht eine abstrakte Aufgabe sein, sondern sie muss sich in unserer Arbeit konkret niederschlagen. Ich glaube, dass auch unser Programm und die Aussagen das deutlich gemacht haben, dass die vornehmlichste Aufgabe, die wir uns hier zu stellen haben, die Mitwirkung und das Ingangsetzen weiterer Einigung der Europäischen Gemeinschaft - Europas - sein muss. Das ist insofern schwierig, als das Europäische Parlament im Augenblick wohl die einzige politische Kraft ist, die tatsächlich entschlossen sein kann - und wir sind es - auf dieses weitere Einigung hinzuwirken. Ich halte dabei vor Augen, dass wir, wenn wir die Beschlüsse, die der Rat gefasst hat in den Jahren 1972 bis 1974, die alle <sup>in</sup> der weiteren Einigung Europas

./.

RA  
bahnbrechend sein sollten, bis auf die Direktwahl unerfüllt  
geblieben sind bis heute, so dass wir eigentlich ein ganzes  
Programm von Massnahmen da hernehmen können. Die guten  
Vorsätze, die die Regierungen hatten, sind nicht erfüllt  
worden und alle die Probleme, die damals berührt wurden,  
sind bis heute ungelöst. Ich fasse jetzt gar nicht diejenigen  
dazu, die wir selber noch in unserem Programm vorgetragen  
haben. Wir müssen weiter sehen, dass die Erweiterung der  
Gemeinschaft uns sowohl strukturell vor Probleme stellt als  
auch in den einzelnen Fachbereichen uns fordert. Sie wissen,  
dass am 1.1.1981 Griechenland Mitglied der Gemeinschaft wird,  
und dass die Verhandlungen so angelegt sind, dass man damit  
rechnen kann, dass 1984, spätestens 1985 Spanien und Portugal  
auch Mitglieder der Gemeinschaft werden. Sein Prozess, der  
sich während der Amtszeit dieses Parlaments vollziehen, seine  
volle Mitwirkung und seine volle Einflussnahme verlangt.  
Nur am Rande gesagt, es wird sich die Frage stellen, werden  
wir Einfluss auf die Aushandlung und Ratifizierung der Beitritts-  
verträge haben, wenn ja, in welchem Umfang. Wir müssen ferner  
sehen, dass die Verhandlung<sup>en</sup> über das Lomé-Abkommen - die  
Erneuerung des Lomé-Abkommens - für uns eine Aufgabe stellen  
in der Ausfüllung in dem parlamentarischen Begleitrahmen,  
ebenso wie in der Aufgabe mit politischen Kräften in diesen  
Ländern Verbindung aufzunehmen und zu halten, eine Aufgabe  
stellen, die wir überhaupt nicht unterschätzen dürfen. Der  
Bereich des Lomé-Abkommens bietet für die Europäische Gemeinschaft  
die hervorragende Chance zu demonstrieren, wie man das  
Verhältnis mit den Ländern der Dritten und Vierten Welt  
nach geeigneteren Prinzipien ordnen kann und wie man eine  
Zusammenarbeit gewährleistet, die uns beiden - unseren Partnern  
dort und uns - eine Zukunftschance eröffnet. Deshalb halte  
ich diesen Bereich, der sich gerade in diesem und dem folgenden  
Jahr als Aufgabe stellt und dann ausgebaut werden muss, für  
ausserordentlich bedeutsam. Ich glaube, dass wir auch der Jugend  
Europas hier Aufgaben stellen können, bei denen wir ihre  
Unterstützung finden. Wir sollten auch nicht übersehen, dass  
wir im nächsten Jahr die Madrider Folgekonferenz, der Konferenz  
für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, haben werden und  
dass die Fragen der Zusammenarbeit in Europa nun nicht, weil  
bisher die gewünschten Erfolge nicht eingetreten sind, unter-

Hergestellt im Archiv für Christlich-Demokratische Politik (ACDP) - Weitergabe, Reproduktionen und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACDP.

ERWEI-  
TERUNG

LOMÉ

KSZE

schätzt und vergessen werden sollten. Wir haben den Ausgangspunkt von Helsinki als eine Basis zu nehmen, von der her wir eine Durchsetzung von einer menschenwürdigen Politik und die Erreichung einer Sicherung eines dauerhaften Friedens in Europa erreichen wollen und erreichen können. Aber auch das bedarf unseres vollen Engagements. So möchte ich sagen, befinden wir uns in der Frage: Gelingt es uns, die Weiterentwicklung der Europäischen Gemeinschaft zur Politischen Union in Gang zu bringen oder nicht? Wir sind das Parlament, das dazu die Möglichkeit hat und wir müssen uns für diese Frage ganz sicher so viele Partner wie möglich suchen, um im Ganzen wie im Detail diese Vorstellungen voranzubringen.

Der Ausgangspunkt, von dem wir ausgehen, ist unsere Sicht vom Menschen, unser christliches Bild vom Menschen, unser christliches Bild von der Durchsetzung einer Friedensordnung, und alles was wir in unserer Arbeit vornehmen werden, muss sich an diesen Grundsätzen unseres Programms orientieren - die Grundsätze sind klar, wir werden von den Prinzipien der Personalität und der Solidarität ausgehen und wir werden das föderalistische Element für die Einigung Europas in unseren Beratungen nicht übersehen können. Aber meine verehrten Freunde, vielleicht ist es auch wichtig, dass wir eine neue Dimension mit einbeziehen, die über das bloss Wirtschaftliche hinausreichen, dass wir Europa auch als eine Kulturgemeinschaft verstehen, die ihren Beitrag in der Welt für die weitere Entwicklung zu leisten hat. Und auch was unsere Ordnung angeht - wir sind daran gegangen, ohne Hegemonie, ohne Suprematie eines Landes oder einer Gruppe eine Gemeinschaft Freier und Gleicher zu errichten, die ein bewundertes Modell wegen ihres bisherigen Erfolgs für viele in der Welt ist. Manche glauben, dass nur die wirtschaftliche Zusammenarbeit der Hauptinhalt dieser Gemeinschaft ist. Ich möchte ganz nachdrücklich sagen, entscheidend für uns ist, dass es uns gelungen ist, ein demokratisches Ordnungssystem mit der Wahrung der Menschenrechte zu stabilisieren, das allen

./.

UNION

MENSCHENRECHTE

mitwirkenden Ländern die Möglichkeiten, ihre kulturelle Tradition zu pflegen, ihre historische Eigenentwicklung mit einzubringen, gibt und erhält. Und das ist eine so grosse Sache, dass ich meine, es ist unsere Aufgabe, das durch Weiterentwicklung zum Ergebnis zu bringen.

Meine verehrten Freunde, wenn wir uns mit der Frage beschäftigen, was dieses Europäische Parlament an Aufgaben hat, so habe ich eine genannt, die politische Einigung Europas voranzubringen. Aber ganz sicher ist eine Zweite, die Kontrolle der Macht auszuüben und dazu haben uns die Bürger unserer Gemeinschaft gewählt. Das scheint manchen eine zunächst institutionelle Frage zu sein, aber wir sind uns wohl klar darüber, dass die Kontrolle von Kommission und Rat die Aufgabe dieses Parlaments ist. Für die Kommission haben wir auch im wesentlichen grosse Vollmachten. Für die Kontrolle der Arbeit des Rates sind wir auf die Öffentlichkeitswirksamkeit zunächst einmal angewiesen. Aber es gibt ja in Wirklichkeit kein anderes Gremium, das im Auftrag der Bürger die Machtinstrumente innerhalb der Gemeinschaft kontrolliert. Freimütig gesagt, die nationalen Parlamente sind jeweils ja doch nur dazu da, um die nationalen Aspekte der Entwicklung unter Kontrolle zu halten, denn in den nationalen Parlamenten geht es in erster Linie um die Bewältigung der innerpolitischen Voraussetzungen und nur am Rande in der Regel um die gesamteuropäische Sicht. Dazu sind wir gewählt und dazu haben wir auch ein wirkliches Mandat. Es ist für uns Christliche Demokraten in dieser Gemeinschaft eine neue Situation entstanden. Ich kann sie vielleicht am besten wiedergeben, wenn ich die gegenwärtige Kommission nehme. Die Kommission weist eine Zusammensetzung auf, die die Fotografie einer bestimmten Konstellation der Zusammensetzung der Regierung zum Zeitpunkt ihrer Berufung ist. Deshalb ist der merkwürdige Zustand, dass von dreizehn Mitgliedern der Kommission nur drei Christliche Demokraten sind. Wenn heute die Kommission gestellt würde, würde sich das ganz anders ausnehmen, ich sage das, weil wir sehen müssen, dass sich mittlerweile durch die Willensäusserungen der Wähler und durch die Bildung von Regierungen die Konstellation innerhalb des Rates - was unsere Einflussmöglichkeiten angeht - geändert hat. Erstmals stellen wir wieder

Hergestellt im Archiv für Christlich-Demokratische Politik (ACDP), Sankt Augustin - Weitergabe, Reproduktionen und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACDP.

AUFGEHEBEN  
EP

KOMMISSION

in allen drei Beneluxstaaten gleichzeitig den Premierminister. Wir stellen den Regierungschef der italienischen Regierung, wir sind in der französischen Regierung beteiligt. Das macht doch deutlich, dass wir in der Mehrheit der Länder der Gemeinschaft auf die Regierungen entsprechenden Einfluss ausüben können. Das macht vielleicht auch deutlich, dass es für uns ein Koordinierungsproblem gibt. Selbstverständlich müssen wir mit unseren Regierungen eng zusammenarbeiten und auch mit unseren jeweiligen nationalen Parlamentsfraktionen, und selbstverständlich auch mit den Mitgliedern, die wir in der Kommission haben. Aber die Durchsetzung unserer Vorstellung, dafür ist eine günstigere Ausgangslage gegeben als - um im Bild zu bleiben - zum Zeitpunkt der Berufung der Kommission. Und die Stagnation, die in der europäischen Einigungspolitik viele Jahre hindurch jetzt geherrscht hat, lässt sich nur dann auflösen, wenn wir unsere parlamentarische Arbeit so gut kooperierend wie möglich mit unseren Freunden in den genannten Stellen verbinden. Dann können wir Erfolge erzielen.

Nun ist unser Hauptproblem ganz sicher, dass die Bürger der Gemeinschaft von diesem Parlament und von uns insbesondere erwarten, dass wir tatsächlich Bewegung in die europäische politische Entwicklung bringen, und dass wir nicht im Jahre 1984 vor sie treten können und sagen können, wir haben auch die Frage der Zuteilung von Tomatenkonzentraten vorzüglich bewältigt und die Überproduktion in Grenzen gehalten. Damit werden wir die Bürger 1984 nicht überzeugen können von der Arbeit, die wir hier geleistet haben. So ist für uns also die Frage, was wir uns in diesen fünf Jahren vornehmen, in welchen überschaubaren Zeiträumen wir dies bewältigen und welche Erfolge wir auf diesem Wege erzielen. Sie wissen alle, dass wir mehrere Hauptprobleme vor uns haben, die wir in der Diskussion sicher ausbreiten werden. Ich halte es für die zentrale Frage, ob es uns gelingt, auf dem Felde der Wirtschafts- und Währungsunion Fortschritte zu erzielen und ob es uns gelingt, damit die Fragen der Arbeitslosigkeit insbesondere der Jugendarbeitslosigkeit in den Griff zu bekommen.

Entwicklung auf dem Gebiete der Wirtschafts- und Währungsunion, sowie wir sie in zahlreichen Initiativen unterstützt haben,

müssen verbunden sein mit der Weiterentwicklung der Regionalpolitik der Gemeinschaft und - das möchte ich an dieser Stelle auch sagen - sie müssen verbunden sein mit Ansätzen in der Industriepolitik, auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig zu bleiben. Es kann nicht so sein, dass wir zu einer Art Zulieferer oder

Verarbeiter anderer weiter entwickelter Arbeitsergebnisse sind, wir sind in dem entsprechenden Bereich gezwungen, diese Konkurrenzfähigkeit aufrecht zu erhalten. Ich glaube auch, dass die gemeinsame Energiepolitik eine ganz vordringliche Frage ist. Wie immer man das Problem der Energiepolitik nimmt, wir Europäer sind in einer etwas schwierigen Lage, nicht nur hier mit den Rohstoffen, sondern auch an anderer Stelle - deshalb hat auch die Dritte Welt für uns eine so grosse Bedeutung, das Lomé-Abkommen. Aber unsere Verpflichtung ist, dafür zu sorgen, dass wir gemeinsam imstande sind, die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit unserer Volkswirtschaften zu erhalten, denn ohne sie können wir keine sozial gerechte Politik treiben.

Natürlich ist auf der Ebene der Gemeinschaft ein weites Feld, die Politiken zu harmonisieren und weiterzuentwickeln. Aber für uns, glaube ich, gibt es doch zwei Felder, wo wir nach aussen ausstrahlen müssen. Das eine ist unsere Bereitschaft, die Grund- und Menschenrechte überall in der Welt bei der Durchsetzung zu unterstützen. Wir haben eine Reihe von Organisationen, mit denen wir verbunden sind, wie die Weltunion, die Europäische Union Christlicher Demokraten, mit denen uns Eigeninitiativen zusammen wir im Rahmen unserer bilateralen und multilateralen Kontakte des Parlaments unsere entsprechende Einwirkung vornehmen können. Wir haben auch die Aufgabe dafür zu sorgen, dass die Entwicklung des Welthandels sich so vollzieht, dass auch wir imstande sind, die Bedürfnisse unserer Bürger und der Gemeinschaft, in der sie leben, zu wahren. Unsere Fraktion war in der Vergangenheit der Auffassung - das hat sich in unserem Programm niedergeschlagen -, dass grosser Protektionismus uns die Lösung der Probleme nicht ermöglicht, weil wir dann vor der Schwierigkeit stehen, mit unseren Partnern zu keinen Ergebnissen kommen zu können. Für eine Problematik nach innen sehe ich an die Frage der Auseinandersetzung ideologisch wie praktisch mit dem Terrorismus, die natürlich ein Weltproblem ist, die aber auch ein Problem innerhalb der Gemeinschaft darstellt. Aber natürlich

REGIO-  
NAL-  
POLITIK

ENER-  
GIEPOL.

GRUND-  
MENSCHLICH-  
ZECHTE

WELT-  
HANDEL

PROTEKTIO-  
NISMUS

ist das wichtigste, dass wir für unsere Prinzipien die junge Generation gewinnen und den Bürgern der Gemeinschaft klarmachen, dass wir für Rechtssicherheit sorgen, dass wir dafür geeignet sind, eine sozial gerechtere Gesellschaft zu errichten. Nun, meine verehrten Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich ein paar wenige Worte zu den Ländern sagen, in denen wir arbeiten - und das wird unsere Umwelt auch bestimmen. Wir wissen, dass in Frankreich im Jahre 1981 eine weittragende Entscheidung fällt - die Wahl des französischen Präsidenten für weitere sieben Jahre -, und dass die französische Innenpolitik von diesem Ereignis schon heute weitgehend beherrscht wird. Das muss man sehen, wenn man bestimmte Auseinandersetzungen, wie etwa die Gaullisten und die französischen Kommunisten gegen unsere Freunde in Gang setzen, richtig einordnen will. Und die Schatten dieser Auseinandersetzungen, die Frankreich im Jahre 1981 entscheiden wird, die werden auf unsere Arbeit einwirken und wir müssen sie im Auge behalten. Wir müssen auch sehen, dass im Jahre 1980, Ende des Jahres 1980, in Deutschland eine Wahlentscheidung von grosser Bedeutung fällt und wir müssen uns vor Augen halten, dass unsere italienischen Freunde nach den Wahlen, die diesen Sommer waren, ihren Kurs in ihrem Kongress im Januar oder Dezember bestimmen werden, dass aber die innenpolitischen Entscheidungen zu treffen sind, natürlich auch für die europäische Bühne von grosser Bedeutung sein werden.

In den drei Benelux-Ländern, in denen wir die Regierung stellen, wobei ich jetzt den jüngsten, den Luxemburgern, die erst kürzlich die Regierung übernommen haben, das besonders ans Herz legen möchte, weiss ich, dass wir vor der Situation stehen, unter jeweils schwierigen Konditionen unsere Regierungsverantwortung behaupten müssen. Ich weiss, dass jedes der Länder spezielle Probleme dabei sehen muss - für unsere Arbeit möchte ich sagen, ist es für unsere luxemburgischen Freunde von grosser Bedeutung, dass wir nicht den Start der Regierung Werner durch übereilte Aktionen von vornherein ins Aus schieben. Wir werden wahrscheinlich noch konkreter darüber sprechen können. Für die Niederlande weiss ich, dass die Regierung bei den sie tragenden Parteien natürlich auch noch das Problem des Integrationsprozesses der CDA mit zu bewältigen hat in dieser

./.

Zeit und in Belgien wissen wir, dass das Sprachenproblem eine zusätzliche Belastung darstellt, mit dem sich unsere Freunde in der Regierungsverantwortung auseinandersetzen müssen. Ich möchte auf Irland bezogen sagen, dass die Fianna Fail zwar dort über eine sehr grosse Mehrheit in der letzten Wahl verfügt, unsere Freunde haben bei der Europawahl aufgeholt und sind fast gleich stark, was deutlich macht, in welcher Entwicklung wir uns in diesem Land befinden, aber auch die Fianna Fail ist fast regierungsunfähig geworden durch innere Flügelkämpfe und auch das wird sich rückspiegeln, etwa in der Auseinandersetzung darüber, wenn unser jetziges Parlamentsmitglied wie Frau de Valera die Wiedervereinigung Irlands ohne jeden Abstrich fordert. Wir können uns darauf gefasst machen, dass dies auch hier im Parlament eine entsprechende Rolle spielen wird, möglicherweise schon nächste Woche. Aber ich möchte nur deutlich machen, dass<sup>es</sup> in Dänemark, wo wir die Probleme mit der Zustimmung zur europäischen Einigungspolitik haben sowie in Grossbritannien, dass<sup>es</sup> in jedem Land spezifische Probleme gibt, die auf uns einwirken. Und deshalb glaube ich ist es ganz unmöglich für uns, den Versuch zu machen, dass wir hier auf europäischer Ebene diese spezifischen Probleme lösen. Welche Koalition wer mit wem in der konkreten innenpolitischen Situation seines Landes macht, das muss seine Sache sein. Und wir können auch nicht versuchen, von der europäischen Ebene her etwa diese Entscheidungen beeinflussen zu wollen. Aber eines glaube ich können wir sagen, dass wir überall darauf drängen werden, dass unsere Freunde eine europäische Einigungspolitik auf nationaler Ebene bereit sind zu unterstützen. Wir können nicht zur Summierung unserer nationalen politischen Kräftekonstellation versuchen, einen kleinsten Nenner dafür zu finden, sondern wir sind hierher gesandt, um für die Europäische Gemeinschaft Politik zu machen und diese Politik machen wir auf der Grundlage unseres Programms.

Ich hätte am Anfang schon gesagt, dass es deshalb, was die politische Linie, die wir vertreten, angeht, für uns klar ist, unsere politischen Positionen sind bestimmt. **Unsere Aufgabe ist es jeweils Mehrheiten für die Durchsetzung dieser Positionen zu finden. Das bedeutet, dass es eine politische Koalition,**

./.

wie wir sie national kennen zwischen Regierungsparteien und Oppositionen, in diesem Parlament nicht gibt und auch für uns gar nicht geben kann. Die einzelnen Sachpunkte, über die wir Entscheidungen zu treffen haben, sind viel zu unterschiedlich. Wenn ich ein Feld herausgreife aus der Landwirtschaftspolitik, so wissen wir, dass <sup>sich</sup> z.B. die Europäischen Demokraten, die in vielen Feldern unsere Position unterstützen, in diesem wichtigen Bereich mit uns sich in einer kontradiktorischen gegenläufigen Position befinden. Aber man könnte die Beispiele nach allen Richtungen beliebig vermehren und ich glaube, wenn wir uns einig sind, dass unser Ausgangspunkt <sup>Bruch</sup> unserer Politik der ist, dass wir unsere Positionen mehrheitsfähig durchzubringen trachten und zwar, dass wir eine möglichst breite Mehrheit bei der europäischen Einigungspolitik gewinnen, dann haben wir den Ausgangspunkt gewählt, der uns dabei dienlich sein kann. Ich möchte an dieser Stelle sagen, dass natürlich die innere Struktur des Parlaments noch unfertig ist und ich glaube unsere Diskussion sollte nicht zu sehr überschattet sein von den Erfahrungen, die wir in den Auseinandersetzungen der ersten Sitzungswoche gehabt haben. Ich weiss wohl, dass ein grosser Prozentsatz der Abgeordneten keine parlamentarischen Erfahrungen hat, und dass ein noch grösserer Prozentsatz die besonderen Gegebenheiten des europäischen Parlamentarismus erst kennenlernen muss. Hier ist eben eine zusätzliche Aufgabe, die national - wer da Erfahrung hat - niemandem gestellt ist. Nämlich Abgeordnete aus sehr vielen verschiedenen Ländern zu gemeinsamem politischen Handeln zusammenzubringen, von Ländern, wo die ganze Struktur, die historische Erfahrung, die einzelnen Kenntnisse über bestimmte Teilbereiche der Gesetzgebung usw. völlig unterschiedlich sind, und trotzdem müssen wir versuchen, zu einer gemeinsamen Lösung zu kommen. Unsere Fraktion hat in der Vergangenheit dabei Hervorragendes geleistet. Ich möchte dies gerade im Hinblick darauf sagen, dass sehr viele Kollegen nicht in dieses Europäische Parlament zurückgekehrt sind, die daran mitgearbeitet haben. Es ist uns immer gelungen, einen gemeinsamen Standpunkt in den wichtigen Fragen zu finden und deshalb haben wir in der Vergangenheit sehr bestimmt gewirkt auf das, was das Europäische Parlament an Entscheidungen traf. Das haben wir erreicht in einer Situation, wo wir nicht so stark waren, im

./.

Hinblick auf das Ganze gesehen, wie wir heute sind. Deshalb muss man sehen, dass wir eine besondere Verantwortung für die Entscheidungen, die dieses Haus fällt, haben werden.

Ich will mich auch um eine Frage gar nicht herumdrücken, nämlich die Frage, wir haben bei der Wahl des Präsidenten des Parlaments mit zwei anderen politischen Gruppen eine Vereinbarung getroffen über die Wahl eines Präsidenten, dessen der gewählt wurde, und über die Wahl seines Nachfolgers. Das wird dann jemand sein, den wir vorschlagen in zweieinhalb Jahren. Eine solche Vereinbarung in Personal- und technischen Fragen war notwendig, weil wir sonst eben nicht zum Zuge gekommen wären. Ich glaube, es ist gut, wenn ich zu diesem Punkt etwas mehr sage. Wir haben in der Vergangenheit - und das wird auch in der Zukunft so sein - um einen Punkt zu ringen. Die Sozialistische Fraktion ist immer der Auffassung - und ist es auch heute -, dass es ihr eigentlich gebührt, die führende Rolle in diesem Haus zu spielen. Sie hat dazu mit jedermann Koalition in technischer Art eingegangen. Sechs Jahre lang waren wir vom Parlamentspräsidium ausgeschlossen, weil sie eine Mehrheit zusammen mit Liberalen und Gaullisten gehabt haben. Dann haben sie es zwei Jahre lang gemacht gestützt auf die Kommunisten und die Liberalen, aber in diesen zwei Jahren haben wir unsere Erfahrungen ebenso gesammelt, wie vorher, etwa bei der Wahl von Präsident Colombo, waren sie bereit, um die Wahl eines Christdemokraten zu verhindern, lieber einen britischen Konservativen zum Präsidenten des Parlaments zu wählen und sie haben es denen auch klar angeboten und nachher haben sie ja für einen Vertreter der Gaullistischen Fraktion auch gestimmt, weil die Politik darauf gerichtet ist, uns als die einzige wirkliche grosse Alternative in dieser europäischen politischen Welt auf die Position des ewigen Zweiten zurückzurängen. Wir haben auch bei der Besetzung der Positionen in diesem Hause nicht nur die Frage des Präsidenten zu entscheiden gehabt, sondern wir mussten ja auch zwei schwierige Sachen lösen. Die zweite kann ich jetzt heute schon erwähnen, obwohl ich es erst heute abend bestätigen kann. Die erste Frage war die Zuteilung der Ausschüsse an uns. Es ist uns nur möglich gewesen - wie Sie wissen - durch Unterstützung zweier anderer Fraktionen, unsere fünf Ausschüsse zu

behalten. Das ist so, dass wir den Ausschuss für Arbeit und Soziales bekommen haben, ist nur gegen den erbitterten Widerstand der Sozialisten geschehen, weil wir diesen Ausschuss unbedingt verlieren sollten. Was den Paritätischen Ausschuss angeht, so haben wir eine schreckliche Auseinandersetzung hinter uns, weil die Sozialistische Fraktion bis zuletzt darauf bestanden hat, dass sie den Paritätischen Ausschuss bekommt, sie hat auch einen Kandidaten präsentiert; es ist uns gelungen, wieder gestützt auf andere, sonst wäre es nicht möglich gewesen, weil wir nicht den ersten Griff in Anspruch nehmen können, den Paritätischen Ausschuss zu behalten. Und dabei komme ich zu dem Begriff, <sup>dessen</sup> was ich technische Absprachen nennen würde, oder wie Sie es immer nennen wollen, Koalition in Personalfragen oder in Geschäftsordnungsfragen. Ohne diese wäre es kaum möglich, unsere Position zu bekommen. Und wir werden noch eine dritte Schlacht austragen müssen, das ist die zweieinhalbjährige Amtsdauer. Wenn wir die nicht durchsetzen können, dann stehen wir vor der Schwierigkeit, dass alles, was wir jetzt mühsam ausgehandelt haben - fünf Ausschüsse usw. -, dass dies jedes Jahr neu ausgehandelt und neu bezahlt werden muss. Wir sind in einer guten Position und wir sollten auch diese dritte Sache noch lösen. Im Prinzip ist unser Dilemma in diesem Haus, dass es bisher sehr sehr schwer war, verbindliche Absprachen mit der sozialistischen Fraktionsführung zu treffen. Alle Mitglieder des geschäftsführenden Vorstands kennen unser Dilemma, dass wir in einer Reihe von Vereinbarungen zu viert abstimmen liessen, aber dann einer zurücktrat, weil seine Fraktion oder sein Fraktionsvorstand etwas anderes beschlossen hat und wir dann vor der Schwierigkeit stehen, immer ein neues Arrangement treffen zu müssen. Ich bin guten Mutes, das möchte ich der Fraktion heute sagen, dass sich das bei der Sozialistischen Fraktion ändern wird, denn die gemässigten Kräfte haben sich darauf besonnen, dass dies kein Zustand ist, dass sie dauernd Konflikte gewissermassen hervorrufen. Wir haben deshalb der Versuchung widerstanden, der Sozialistischen Fraktion von dem, was ihr gerechterweise zusteht, etwas abzustreichen, obwohl dies umgekehrt mit uns fortgesetzt versucht wurde. Ich trage Ihnen das vor, damit Sie sehen, dass wir diese Absprachen nicht deshalb getroffen haben, weil wir damit unsere politischen Grundsätze

./.

in Frage stellen wollen, oder weil wir uns irgendwie einengen wollen bei der Politik, sondern weil wir die Möglichkeiten, Politik zu treiben, durch die Besetzung entsprechender Positionen und Aufgabenstellung für unsere Fraktion sichern mussten und auch sichern müssen.

Lassen Sie mich noch zu einem Punkt etwas sagen, der mir am Herzen liegt. Ich habe vorhin gesagt, wir haben die Aufgabe, einige Schwerpunkte unserer Politik zu definieren und dann einen konkreten Aktionsplan aufzustellen, wobei wir bei den Schwerpunkten der Politik uns auf einige Felder konzentrieren sollen, wo wir verpflichtet sind und wo wir <sup>es</sup> auch für aussichtsreich und den Bürgern verständlichmachbar halten, unsere Politik zu realisieren. Wir brauchen einen konkreten Aktionsplan, wo wir durch Massnahmen und Vorschläge sichtbar machen, dass wir bei der Durchsetzung unserer Politik Erfolg haben. Ich weiss, dass nicht jede Initiative und jede Massnahme, die wir einleiten, erfolgreich enden kann, aber wir sollten daran denken, wenn wir sie anfangen, dass ein grösserer Prozentsatz eine grosse Aussicht auf Erfolg haben sollte und realisiert werden sollte, weil immer nur jemand, der etwas vorschlägt, was nachher abgelehnt wird, seinen Kredit auf Durchsetzungsfähigkeit verliert. Deshalb bitte ich Sie auch bei unseren Beratungen jetzt, daran zu denken, dass wir nicht alle Probleme der Gemeinschaft auf einen Schlag lösen können und daran zu denken, dass es unsere Aufgabe ist, auch Erfolge vorzuweisen. Ich will das an zwei Beispielen machen. Das eine ist die Frage der Erweiterung der Rechte des Parlaments. Ich glaube es sind einige ganz konkrete Aufgaben anpackbar und erreichbar. Einige davon sind die Ratifizierung der Aussenhandelsverträge. Ich glaube, dass wir uns in der Öffentlichkeit durchsetzen können, dass mehr als das Luns-Westerthorp-Verfahren dem Europäischen Parlament zusteht, denn eigentlich ist es ein schwer vertretbarer Zustand, dass der der die Verträge abschliesst, nämlich der Rat, sie auch ratifiziert. Hier kann das Parlament eine - wie ich glaube mit Aussicht auf Erfolg - grössere Mitwirkung verlangen. Es wäre auch zu prüfen, weil die nationalen Parlamente darauf ja keinen wirklichen Einfluss mehr haben, ob wir nicht verlangen müssen, dass bei der Erweiterung der Gemeinschaft, beim Vollzug

der Beitritte das Europäische Parlament anders beteiligt wird, als dies in der Vergangenheit geschehen ist. Ich glaube, dass wir auch uns dem Problem des Haushalts stellen müssen. Es geht nicht an, dass wir keinen Einfluss auf die Einnahmenseite des Haushalts haben. Das mindeste, was wir erreichen müssen, ist, dass uns der gleiche Einfluss auf die Einnahmen- wie auf die Ausgabenseite zukommt. Aber ich weiss sehr wohl, die Kollegen, die unsere Haushaltsexperten sind, werden es sicher noch eingehender darlegen können, dass wir vor einem grossen Problem stehen, dass, wenn es uns nicht gelingt, die Struktur der Haushaltspolitik der Gemeinschaft zu verändern, dass wir vor der Frage der völligen Bewegungsunfähigkeit stehen und des Verlustes unserer Einwirkungsmöglichkeiten, weil der Haushalt der Europäischen Gemeinschaft keinen Bewegungsspielraum mehr hat. Hier möchte ich sagen ist eine Frage, wo grösste Aufmerksamkeit und unmittelbares Handeln zwingend erforderlich ist, auch wenn wir weiter europäische Einigungspolitik betreiben wollen. Wir könnten bei der Frage der Zuständigkeiten des Parlamentes vor allen Dingen unsere Kontrollzuständigkeiten verstärken. Unsere Aufgabe ist es, dem Bürger die Entscheidungsprozesse transparent zu machen, dazu gibt es eine Fülle von Möglichkeiten, von öffentlichen Hearings angefangen bis zur Einwirkung auf die aussenpolitische Zusammenarbeit.

Also meine verehrten Kolleginnen und Kollegen, wenn wir unser eigenes Programm ernst nehmen, müssen wir eine Weiterentwicklung auf dem Felde der politischen Zusammenarbeit zugunsten des Europäischen Parlaments erreichen. Und meines Erachtens ist dies auch durchsetzbar. Ich könnte die Aufzählung fortsetzen, aber ich wollte hier nur ein Beispiel vortragen, um das zu unterstreichen.

Lassen Sie mich noch ein Wort zu dem anderen sagen. Wir haben gesagt, Wirtschafts- und Währungspolitik - das ist meine Auffassung - ist eine zentrale Aufgabe. Dazu gehören eine Reihe von Fraktionsinitiativen, die wir bisher ergriffen haben, und dazu gehört die Möglichkeit, diese Initiativen nun auszubauen und fortzusetzen. Das können wir in enger Zusammenarbeit mit unseren Kommissaren tun, insbesondere mit Herrn Davignon

und Herrn Natali, die auf diesem Feld, wie auch auf dem Feld der Beitritte, ausserordentlich wichtig sind und deshalb auch uns sehr helfen können. Ich will auch Kommissar Burke dabei nicht vergessen.

Es gibt nun viele kleine Dinge, in denen wir vorankommen könnten, aber ich habe vorhin schon ausgeführt, dass ein Prüfstein sein wird, wenn wir die Wirtschafts- und Währungsunion weiterentwickeln, wir mit einer Reihe von Fragen umgehen, die Regionalpolitik hatten wir uns auf das Banner geschrieben, wir können in dieser Frage keine Abstriche von unserer bisherigen Politik und von unserer Programmatik zulassen. Ich habe die Felder zu Beginn schon alle vorgetragen. Ich möchte nur noch einige Anregungen sagen, wo wir Initiativen ergreifen könnten und erfolgreich bei Aktionen sein könnten: der Europäische Pass, er soll seit 1.1.1978 den europäischen Bürgern ausgehändigt sein laut Beschluss des Ministerrats, der Zeitraum ist schon lange überschritten. Um so mehr könnten wir mit gezielten Aktionen zusammen mit der nationalen Parlamentsfraktion eine solche Sache in Gang bringen, die für den Bürger sehr signifikant wäre, eines der Wahlkampfmittel, das am besten angekommen ist, ist unser Europäischer Pass mit Wahlkampfplattform gewesen. Hier verbindet sich dann das Bild von uns mit Europa und einem Fortschritt für den Bürger, einen für ihn sichtbaren Fortschritt, oder die Harmonisierung der grenzüberschreitenden Gesetzgebung im Raum des Umweltschutzes. Die alte Fraktion hat sich mit der Frage der Rheinakte und der Sauberhaltung des Rheins beschäftigt. Dafür zu sorgen, dass die nationalen Gesetzgebungen kein Unterschied zwischen dem Recht, das im Raume des betreffenden Landes gilt und dem, was für das was aus dem Land hinausgeht gilt, machen. Wir können in der Frage der Euregios - auch das haben wir in Angriff genommen gehabt - in der früheren Fraktion, können wir ganz konkret die Harmonisierung der Gesetzgebung im sozialen und im wirtschaftlichen Bereich studieren und versuchen, gemeinsame Lösungen zu finden, die wir dann den Bürgern und den betroffenen Gruppierungen nahebringen können. Es ist ein weites Feld an möglichen Aktionen. Meine Bitte an Sie ist nur, dass wir uns von Anfang an vornehmen, wir unternehmen diese Aktionen so, dass sie jeweils in die politische Auseinandersetzungen hineinpassen. ./. .

Wenn wir jetzt alle wichtigen Sachen auf einen Schlag loslassen, dann werden sie verpuffen. Wir müssen uns einen Zeitplan machen, in dem wir die einzelnen Initiativen in die Tat umsetzen. Alles werden wir lösen können, wenn wir gut zusammenarbeiten, deshalb ist das erste, dass wir uns besser kennenlernen müssen und dass - das sage ich jetzt freimütig - wir zwei Probleme zwischen uns lösen müssen. Das eine sind Vorurteile. Die die sich schon sehr lange kennen, haben weniger Vorurteile gegen die anderen, als die die sich noch nicht lange kennen. Es ist schwierig, genau voraussagen zu können, wie sich Herr X, Y oder Z oder Frau Alfa verhalten wird, nur weil sie aus dem betreffenden Land stammt. Es ist eine Frage des besseren Kennenlernens und des Suchens nach gemeinsamen Lösungen. Es ist eine Frage, die wir gemeinsam bewältigen müssen, bei 108 ist das schwieriger, als bei 50, aber ich glaube, dass die Arbeit in den Ausschüssen unsere Freunde - und das wird der Ausgangspunkt sein - bei gemeinsamer Bewältigung der Probleme am engsten zusammenbringt. Ich möchte auch sagen, das andere Problem, das ich sehe ist dieses: Der eine möchte gemäss seiner innenpolitischen Situation oder gemäss seiner Erfahrung, die mit den politischen Kräften in seinem Land hat, lieber eine Zusammenarbeit etwas näher nach links, und der andere möchte sie lieber näher nach rechts. Diese Spannweite wird auch bestehen bleiben, weil ja die Strukturen unserer Länder bestehen bleiben. Das hat uns in der Vergangenheit nie daran gehindert, unsere Politik gemeinsam zu formulieren und durchzusetzen. Das sollte auch unser guter Vorsatz für die Zukunft sein.

Lassen Sie mich als letztes noch ein Wort zur Europäischen Volkspartei sagen, weil das für uns wichtig ist. Ich glaube es ist die Pflicht der Fraktion, der Europäischen Volkspartei Hilfe bei ihrer Arbeit und ihrem Bekanntwerden zu leisten. Die EVP kann für uns der natürliche Mittler zu den nationalen Parteien werden, denn wenn die Fraktion sich auch noch die Arbeit auflasten wollte, dass sie neben der Koordinierung mit den nationalen Parlamentsfraktionen, mit dem Rat, mit den Kommissaren, auch noch die Probleme der Integration der nationalen Mitgliedsparteien der Europäischen Volkspartei bewältigen wollte.

./.

Das können wir nicht. Deshalb glaube ich ist die Europäische Volkspartei unser unentbehrliches Gegenüber auf der Seite der Parteien. Je weiter es uns gelingt, sie zu entwickeln, und je mehr Integrationskraft die Europäische Volkspartei beweist, um so einfacher ist es für uns, die parteipolitische Abdeckung zu haben und die Wahlorganisation für das Jahr 1984 in Gang zu setzen. Ich habe auch die Meinung, dass es eine Reihe zentraler Punkte gibt, die wir dringend, bevor wir eine Entscheidung treffen, mit der Europäischen Volkspartei abstimmen sollten. Ich nenne ein Beispiel, um das deutlich zu machen. Wir müssen uns mit dem europäischen Wahlgesetz beschäftigen, das bis 1984 ja durch die Maschinerie des Rates hindurchgegangen sein muss. Also in Wirklichkeit werden wir unmittelbar damit anfangen müssen. Ich halte dies für ausserordentlich wichtig, weil dies ja ein Thema ist, das die Innenpolitik eines jeden Landes berührt, dass wir uns zuerst an die Europäische Volkspartei wenden und die bitten, mit uns zusammen die Vorarbeiten für die Arbeit, die wir dann nachher im Parlament mit den anderen Fraktionen zu leisten haben, gestalten, denn ich möchte nicht, dass wir uns etwas wunderbares ausdenken, aber mit unseren nationalen Parteien dann nachher keinen Konsensus erreichen. Dass wir vielleicht schon falsch gestartet haben, im Parlament für eine Lösung eine Mehrheit kriegen, aber diese Lösung dann von unserer Partei nicht akzeptiert wird. Und dann wäre es sehr viel schlimmer, nachher eine gewünschte Lösung zu erreichen. Deshalb ist es wichtig, dass wir uns so bald wie möglich mit der Europäischen Volkspartei zusammensetzen, um die Vorarbeiten für die im Parlament in naher Zukunft beginnende Arbeit zu leisten. Aber die EVP muss natürlich mehr sein, als nur jemand, der nur von der Fraktion unterstützt wird. Wir haben das gestern, in Übereinstimmung mit meinem Präsidiumsmitgliedern vorgetragen, wir erwarten, dass die nationalen Mitgliedsparteien endlich bereit sind, das Kind, das sie in die Welt gesetzt haben, nachdrücklich zu unterstützen. Natürlich werden wir unser bestes tun, aber wir können nicht die einzigen sein, die die EVP fördern und sie tragen. So möchte ich Ihnen sagen, dass wir eine Verpflichtung haben, die Initiativen der Christlichen Demokraten wie bisher - wir sind ja auch in allen Führungs-

./.

gremien vertreten, bei der Volkspartei, bei der Europäischen Union Christlicher Demokraten, bei der Weltunion - zu unterstützen und dass unsere Aufgabe sein wird, Möglichkeiten zu suchen mit den Verbänden des gesellschaftlichen Lebens in Europa - von den Gewerkschaften angefangen bis zu den Arbeitgeberverbänden - Kontakte herzustellen, die es uns ermöglichen, europäische Interessen aller Beteiligten zu überblicken und politisch zu demonstrieren - unter politisch in der Einwirkung der Gesetzgebung - entsprechende Massnahmen zu treffen. Das wollte ich zur Gesetzgebung noch sagen. Ich glaube, es wird uns zunächst nicht sehr viel möglich sein in der Einwirkung auf die Gesetzgebung. Aber eins sollten wir ansteuern, dass die Initiativen, die dieses Parlament ergreift, von der Kommission aufgenommen werden müssen. Ich möchte dabei das Wort müssen unterstreichen. Dies wäre schon ein erheblicher Fortschritt unserer Einwirkung auf die Gesetzgebung. Dass wir also nicht nur kommentieren und korrigieren, was an Initiativen auf uns zukommt, sondern dass wir auch die Chance haben, die Initiativen, die wir ergreifen, wieder zu uns zurückkommen sehen.

Meine verehrten Freunde, ich weiss, dass das Bild etwas lückenhaft ist, das ich Ihnen vorgetragen habe. Wir haben eine grosse Aufgabe. Wir sind die Partei, die für die europäische Einigung bestimmend war und wir sollen es auch in Zukunft sein. Ich glaube wir haben eine gute Chance dazu. Der Wähler hat uns die Möglichkeit gegeben. Wir müssen die Chance nutzen.

-.-.-.-